

Mann kämpft fünf Jahre um neuen Rollstuhl

Matthias Klei aus Bielefeld kritisiert, dass Menschen mit Behinderung immer noch um Teilhabe kämpfen müssen. Der Fall zeigt, dass Gesetze in der Praxis nicht immer umgesetzt werden.

Carolin Nieder-Entgelmeier

Bielefeld. Seit 2017 gilt in Deutschland das Bundesteilhabegesetz, das Menschen mit Behinderungen zur mehr Teilhabe und Selbstbestimmung verhelfen soll. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die Umsetzung hakt, denn Betroffene müssen sich die versprochenen Verbesserungen oft einklagen. Ein zeitaufwendiger und kräftezehrender Prozess, wie der Fall des Bielefelders Matthias Klei zeigt, der fünf Jahre um einen neuen Rollstuhl kämpfen musste.

Der 54-Jährige ist seit seiner Geburt Tetraspastiker, beide Arme und Beine sind durch eine Spastik stark unkoordiniert. Mithilfe seiner Assistenten, die ihn 24 Stunden am Tag begleiten, führt er trotzdem ein selbstbestimmtes Leben. Zudem nutzt Klei seit mehr als 40 Jahren zwei Rollstühle, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen: einen Elektrorollstuhl und einen sogenannten Adaptivrollstuhl.

„Der Elektrorollstuhl ist für mich leicht zu bedienen und eignet sich gut für weite Strecken außerhalb meiner Wohnung“, erklärt Klei. „Allerdings ist der Rollstuhl aufgrund von Größe, Gewicht und großem Wendekreis nicht alltagstauglich, weil jede Stufe zu einem unüberwindbaren Hindernis wird.“ Der Rollstuhl passt laut Klei nur in wenige Aufzüge, lässt sich nicht im Kofferraum eines Autos verstauen und ist auch für die meisten Innenräume ungeeignet. „Ich kann mich damit nicht mal in meiner eigenen, behindertengerechten Wohnung ausreichend bewegen.“

Um diese Nachteile auszugleichen, nutzt Klei den Großteil des Tages einen Adaptivrollstuhl, der kleiner und leichter ist als sein Elektrorollstuhl. „Wenn ich im Adaptivrollstuhl sitze, können meine Assistenten zumindest ein paar Treppenstufen ausgleichen. Außerdem passt er in jeden Fahrstuhl, lässt sich im Kofferraum eines Autos verstauen und ich kann den öffentlichen Nahverkehr nutzen.“

Hindernisse im Elektrorollstuhl werden im Adaptivrollstuhl in vielen Fällen überwindbar. „Ohne diesen Rollstuhl könnte ich die meisten meiner Ärzte, Therapeuten,



Matthias Klei zeigt die Unterschiede seiner Rollstühle. Links der große Elektrorollstuhl für weite Strecken und rechts der kleine Adaptivrollstuhl für den Alltag. Foto: Alina Siepe

Angehörigen und Freunde sowie viele Geschäfte und gastronomische Angebote nicht mehr besuchen.“

Als dem Adaptivrollstuhl nach 18 Jahren Nutzung der Ausfall droht und das Sanitätshaus eine Reparatur als unrentabel ablehnt, beantragt Klei 2019 einen Ersatz. Doch seine Krankenkasse, die AOK Nordwest, und auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als Träger der Eingliederungshilfe lehnen mit der Begründung ab, dass ein Rollstuhl ausreichen muss.

Der LWL erklärt ungeachtet der Tatsache, dass Menschen ohne Behinderung unabhängig ihrer finanziellen Lage uneingeschränkt mobil sind: „Nicht alles, was für behinderte Menschen wünschenswert wäre, kann im Rahmen der Eingliederungshilfe finanziert werden, denn auch Menschen mit geringen finanziellen Mitteln können sich nicht all ihre Wünsche erfüllen.“

Klei fragt sich, warum sein Bedarf an Rollstühlen nach Einschätzung von AOK und LWL im Alter nachlassen soll-

te. „Ich werde im Alter ja nicht weniger behindert und bislang wurden immer beide Rollstühle finanziert.“ Für den Bielefelder zeigt der Kampf, dass die Kostenträger seine Teilhabeberechtigung als Mensch infrage stellen und dadurch seine Lebensführung gefährden. „Ich verstehe nicht, warum ich und so viele andere Menschen mit Behinderung so behandelt werden.“

Anteilnahme und Unterstützung schenken ihm Kraft

Mit der Unterstützung seines Anwalts Wolf Hartmann reicht Klei im März 2021 Klage beim Sozialgericht Detmold ein. Danach macht er seinen Fall öffentlich und startet eine Petition. „Ich habe sehr viel Anteilnahme und Unterstützung erfahren, die mir viel Kraft geschenkt haben.“ Klei erhält sogar Angebote für ein Benefizkonzert und die Übernahme der Kosten für den Rollstuhl, die er jedoch ablehnt. „Ich bin sehr dankbar für die

großzügigen Angebote, aber ich wollte mich dem Rechtsstreit für mehr Gerechtigkeit für Menschen mit Behinderung stellen.“

Im Sommer 2024 kommt das Verfahren zum Abschluss. Das Gericht schlägt einen Vergleich vor, und AOK und LWL finanzieren Klei einen neuen Rollstuhl für etwa 11.000 Euro. „Ich bin froh, dass ich endlich einen neuen Rollstuhl nutzen kann. Ich bedaure aber, dass das Verfahren mit einem Vergleich beendet wurde und es keine grundsätzliche Entscheidung gab. Nicht jeder hat die Kraft für so langwierige Verfahren.“ Obwohl der Kampf um seinen Rollstuhl am Ende fünf Jahre dauert, würde Klei diesen Weg erneut gehen. „Ich möchte ein Zeichen für Inklusion setzen.“

Für Rechtsanwalt Hartmann zeigt Kleis Fall exemplarisch, dass das Bundesteilhabegesetz in der Praxis nur ungenügend umgesetzt wird. „Das Vorgehen der Krankenkassen ist klar rechtswidrig, weil sie für die Versorgung im

Nahbereich mit Hilfsmitteln wie Rollstühlen zuständig sind. Das bestätigen die Gerichte immer wieder. Trotzdem ändern die Kostenträger nichts an ihrem rigiden Vorgehen und lehnen Anträge weiter ab. Sie ignorieren vorangegangene Urteile einfach.“

So müssten Betroffene immer wieder juristisch gegen Ablehnungen vorgehen, moniert Hartmann. „Das kostet Ressourcen und verstopft die Gerichte zusätzlich. Verfahren vor den Sozialgerichten in NRW dauern extrem lange. Kommt es zu einem Rechtsstreit durch alle drei Instanzen, kann der schnell acht Jahre dauern.“

Hartmann kritisiert auch zu viele Zuständigkeiten. „Wenn für einen Menschen nicht nur die Krankenkasse zuständig ist, sondern auch Integrationsämter, Eingliederungshilfen, Berufsgenossenschaften, Renten- und Pflegeversicherung, Arbeitsamt und weitere Kostenträger, ermöglicht das ein Hin- und Herschieben der Zuständigkeiten. Das muss dringend gestoppt werden.“

Streiks bringen mehr Flüge nach Paderborn/Lippstadt

Verdi will NRW-Flugbetrieb lahmlegen. Weiterer Arbeitsausstand in Frauenberufen.

Paderborn/Köln (lis/Inw). Im Tarifstreit des öffentlichen Diensts zündet Verdi die nächste Eskalationsstufe. Am Montag müssen sich Fluggäste an mehreren Flughäfen in NRW auf Flugausfälle und Verspätungen einstellen. Der Flughafen Paderborn/Lippstadt bereitet sich deshalb auf zusätzliche Flüge vor.

Grund ist ein ganztägiger Warnstreik, zu dem Verdi die Beschäftigten des öffentlichen Diensts und der Bodenverkehrsdienste aufgerufen hat. Betroffen sind die NRW-Flughäfen Köln/Bonn, Düsseldorf und Dortmund. Auch größere Airports in Deutschland sollen bestreikt werden.

„Wir werden durch die Streiks zusätzliche Flüge bekommen“, sagt Pressesprecher Matthias Hack vom Flughafen Paderborn/Lippstadt. Genaue Zahlen könne er noch nicht nennen. Im Laufe des Wochenendes rechnet er mit Anfragen für die Umleitung von Flügen in den Kreis Paderborn.

Passagiere regulärer Flüge von und nach Paderborn/Lippstadt müssen sich keine Sorgen machen. Der Flughafen sei demnach nicht von den Streiks betroffen. Einzige Ausnahme: Falls der Flughafen München bestreikt werden sollte, müssten Fluggäste mit dieser Start- und Zieldestination dann mit Einschränkungen rechnen, so Hack.

Bereits in der vergangenen Woche hatte ein Flughafenstreik in NRW für weitere Flüge in Paderborn/Lippstadt gesorgt. Durch Umleitungen aus

Köln und Düsseldorf waren neun Maschinen und 3.000 Passagiere zusätzlich verzeichnet worden.

Geschlossene Kitas, leere Pflegestationen, verwaiste Jugendämter: In Nordrhein-Westfalen haben am Freitag vielerorts Beschäftigte in sogenannten Frauenberufen des öffentlichen Dienstes die Arbeit niedergelegt. Laut Verdi nahmen Tausende an zentralen Kundengebungen teil – etwa in Dortmund, Köln, Essen, Duisburg oder Gütersloh. Eine Sprecherin berichtete von mehr als 11.000 Streikenden in allen Landesteilen.

Nach einem landesweiten Warnstreik am Donnerstag im Gesundheitsbereich standen am Freitag weibliche Beschäftigte und frauendominierte Berufe in den Bereichen Erziehung, Soziales und Pflege im Mittelpunkt. Anlass sind der Aktionstag „Equal Pay Day“ und der Weltfrauentag an diesem Samstag sowie weiterhin der Tarifstreit mit Bund und Kommunen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft rief ihre Mitglieder in den Kitas auf, sich am Streik zu beteiligen. Der Erzieherinnen- und Sozialarbeiterberuf werde „chronisch kaputtgespart“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Ayla Celik. „Die Arbeitsbedingungen sind enorm belastend und die Gehälter unattraktiv. Auch im 21. Jahrhundert sind frauendominierte Berufe noch systematisch unterbezahlt.“ Viele Beschäftigte überlegten, aus ihrem Beruf auszusteigen.



Auf dem Vorfeld des Flughafens Paderborn/Lippstadt wird eine Luftansa-Maschine eingewiesen. Foto: Flughafen Paderborn/Lippstadt

Digitale Streetworker sind auch in NRW unterwegs

Sozialarbeit wandert immer mehr auch ins Netz. Wer Probleme hat, kann sich von digitalen Streetworkern beraten lassen.

Dorothea Hülsmeier

Düsseldorf. Sozialarbeit gibt es nicht nur auf der Straße – zunehmend bekommen Jugendliche in Not Hilfsangebote auch im Netz. Denn einer Studie aus dem Jahr 2023 zufolge sind junge Menschen zwischen 12 und 19 Jahren in ihrer Freizeit im Schnitt 224 Minuten täglich online, also etwa 3,7 Stunden. Dort können sogenannte digitale Streetworker junge Menschen treffen.

Viele soziale Einrichtungen haben sich nicht zuletzt seit der Corona-Pandemie bereits auf den Weg ins Netz gemacht. Die Beratung, vor allem aber die Ansprechbarkeit über soziale Medien sei enorm wichtig, da dadurch auch Menschen erreicht würden, die sich nicht an eine Beratungsstelle wenden, heißt es etwa in einer Stellungnahme des Sozialdienstes katholischer Frauen und Männer (SKFM) Düsseldorf für eine Anhörung zum „Digital

Streetwork“ im Landtag in Nordrhein-Westfalen. Die Experten-Anhörung ist für den 12. März im Ausschuss für Gesundheit und Soziales angesetzt.

Der Sozialdienst katholischer Frauen und Männer betreibt nach eigenen Angaben schon seit acht Jahren digitale Sozialarbeit und Streetwork im

Netz und erreicht demnach mittlerweile eine hohe Anzahl seiner Klientel über Instagram, X (ehemals Twitter) und Facebook. Digital oder über Online-Chats böte der Sozialdienst zum Beispiel Erziehungs-, Jugend-, Schwangerschafts- oder Suchtberatung an, aber auch Notschlafstellen für junge Frauen und Mäd-

chen oder Beratung für Menschen in der Prostitution.

Bei der digitalen Kommunikation verlaufe die Einschätzung des Gegenübers allerdings nicht über Wahrnehmung, Aussehen, Auftritt und Stimme, sondern über geschriebene kurze Texte. „Das ist in den komplexen Beratungssituationen eine echte Herausforderung, der sich Sozialarbeit stellen muss.“

Auch die Landesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit NRW hat schon länger Erfahrungen im Digitalen. Eine isolierte Betrachtung der analogen und digitalen Lebenswelten sei aus fachlicher Sicht nicht zielführend, heißt es dort. Besonders Präventionsprogramme seien im digitalen Raum bereits gut erprobt und wirksam, da sie eine größere Reichweite besäßen als rein analoge Angebote.

Die Landesarbeitsgemeinschaft sieht aber auch Gren-

zen der sozialen Beratung im Netz, denn die psychische Gesundheit junger Menschen werde in der Praxis sozialer Arbeit vor allem durch kontinuierliche, verlässliche Beziehungsangebote gestärkt.

Die SPD im Landtag, die die Anhörung initiiert hat, sieht das bayerische Projekt „Digital Streetwork Bayern“ (DSW) als Vorbild. 14 Streetworkerinnen und Streetworker seien in Bayern auf Gaming- und Social-Media-Plattformen erreichbar, etwa auf Discord, Instagram, Twitch, WhatsApp, Tiktok und Reddit.

Nach Ansicht der Solinger Jugendhilfe „Between The Lines“ muss der digitale Raum für junge Menschen auch im Bereich Sozialarbeit „unbedingt erschlossen werden“. Vorhandene Angebote sollten miteinander vernetzt und ausgebaut werden. Aus dem Kontakt im digitalen Raum könne im besten Fall später ein physischer Kontakt werden.



Digitale Streetworker sind auf vielen Social-Media- und Gaming-Plattformen erreichbar. Foto: Yui Mok/PA Wire/dpa

Zukunftsfähige Firmen durch neues Förderdarlehen

Landesgeld soll Unternehmen zum Beispiel den Umstieg auf erneuerbare Energien erleichtern.

Düsseldorf (Inw). Für Investitionen in Digitalisierung und Nachhaltigkeit startet das Land NRW ein neues Darlehensprogramm für Firmen. Es böte einen im Vergleich zum Marktzins um bis zu zwei Prozentpunkte niedrigeren Zinssatz und Tilgungsnachlässe von bis zu 20 Prozent, teilten Wirtschaftsministerium und NRW.Bank mit.

„Die Förderung wird einfacher, denn das neue Programm fasst vier bestehende Förderangebote zusammen“, hieß es. Die Darlehen aus dem Programm „NRW.Bank.Invest Zukunft“ könnten ab dem 19. Mai beantragt werden. Das Kreditprogramm sei auf Dauer angelegt, sagt eine Sprecherin der Förderbank.

Gefördert werden etwa Investitionen in Digitalisierung der Geschäftsprozesse, Elek-

tromobilität und umweltfreundliche Technologien, nachhaltige Produktionsverfahren oder den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI).

Zudem sollen mit dem neuen Programm Einführung und Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle, Produkte und Verfahren gefördert werden. Ein einfacher Verwendungsnachweis reiche aus, um die Förderung zu nutzen. Bürokratie werde auf ein Minimum reduziert, hieß es.

Die zinsvergünstigten Darlehen könnten alle Firmen nutzen. „Kleine und mittlere Unternehmen erhalten zusätzlich einen Tilgungsnachlass von 5, 10 oder 20 Prozent abhängig von Investitionshöhe und Unternehmensgröße.“ Die maximale Darlehenssumme beläufte sich auf zehn Millionen Euro.